

Romano Prodi

Präsident der Europäischen Kommission

Der Konvent vor dem Abschluss

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

Bundestag

Berlin, 5. Juni 2003

Herr Vorsitzender,

Meine Damen und Herren Abgeordneten,

Für Ihre Einladung meinen herzlichsten Dank. Im vergangenen März hatte ich die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Ihren französischen Kollegen, und ich bin sehr glücklich, heute unter Ihnen weilen zu dürfen.

Unser direkter, persönlicher Meinungs austausch entspricht voll und ganz dem Geist des Konvents, in dem die nationalen Parlamente an der Vertragsreform mitwirken.

Der Zeitpunkt unserer Zusammenkunft ist ein entscheidender, da der Konvent seine Arbeiten in den nächsten Tagen abschließen wird.

Wir müssen alles daran setzen, dass der Konvent von Erfolg gekrönt wird, denn -- da sollten wir uns keinerlei Illusionen hingeben -- wenn bestimmte heikle Fragen offen bleiben, wird sie die Regierungskonferenz auch nicht regeln können.

Das gilt insbesondere für die institutionellen Fragen. Der Regierungskonferenz muss ein ehrgeiziger und ausgewogener Entwurf ohne Alternativvorschläge vorgelegt werden, das heißt ein Entwurf, in dem kein Problem ungelöst bleibt.

Sollte der Konvent hier versagen, besteht die Gefahr, dass die jetzt im Entwurf enthaltenen positiven Ergebnisse wieder rückgängig gemacht werden:

- Die Verankerung der Grundrechtecharta in der Verfassung veranschaulicht, dass die Union nicht nur eine Freihandelszone ist, sondern auf festen Werten und Rechten gründet. Außerdem wird damit die Arbeit des ersten Konvents unter dem Vorsitz von Roman Herzog anerkannt.
- Vereinfachung: Der Text ist vereinheitlicht und im Ergebnis einfacher. Die Union verfügt über eine einzige Rechtspersönlichkeit, und die Zahl der Verfahren wurde verringert.
- Die Kompetenzverteilung ist klarer gefasst, und es wurde ein Verfahren eingeführt, mit dem die nationalen Parlamente die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips kontrollieren können.
- Die Errungenschaften eines halben Jahrhunderts europäischer Erfolgsgeschichte wurden in ihrer Substanz bewahrt. Die Debatte hat gezeigt, dass in einigen Punkten eindeutiger Klärungsbedarf besteht, aber niemand hat das bisher von der Gemeinschaft Erreichte in Frage gestellt.
- Die Instrumente für Maßnahmen auf den Gebieten Einwanderung, Asylrecht und Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeibehörden wurden gestärkt.
- Schließlich scheint inzwischen festzustehen, dass die Union einen "Außenminister" haben wird, der sowohl dem Rat als auch der Kommission angehören wird.

Ich hoffe, dass der neue Außenminister so eng wie möglich mit dem übrigen Kollegium und dem Kommissionspräsidenten zusammenarbeiten wird.

Der Vorschlag von Joschka Fischer, längerfristig einen europäischen diplomatischen Dienst aufzubauen, verdient Beachtung.

Nach meinem Dafürhalten sollte dieser Dienst zumindest verwaltungstechnisch Teil der Kommission sein.

Damit würde gewährleistet,

- dass unsere Außenpolitik insgesamt kohärent ist;
- dass das vorhandene Know-how und die verfügbaren Ressourcen optimal genutzt werden;
- und vor allem, dass Doppelstrukturen vermieden werden.

Wir dürfen die Lehren aus der Irak-Krise nicht vergessen: Wenn Europa nicht mit einer Stimme spricht, bleibt ihm die Rolle versagt, die ihm in der Welt zukommt.

Die Union muss ihre Ansichten stark und unabhängig vertreten.

Auf dem Spiel steht nicht nur unsere Fähigkeit, international Einfluss auszuüben, sondern auch unser Wohlstand und die Grundsätze und Ideale, die nur wir allein der Welt anbieten können.

Mit Blick auf die institutionellen Fragen sind -- das muss ich leider sagen -- in vielen Punkten größere Anstrengungen als bisher erforderlich, um zu einem Kompromiss zu gelangen.

Dabei möchte ich zwei Hauptziele besonders betonen: demokratische Legitimität und Effizienz.

In ihrem Beitrag zum Konvent hat die Kommission das größte Gewicht auf die demokratische Legitimität gelegt, und hier sind einige eindeutige Fortschritte erzielt worden:

- Der Kommissionspräsident soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament benannt werden.
- Die Befugnisse des Europäischen Parlaments werden erweitert, beispielsweise in Haushaltsfragen (Ausgabenseite).

Diese Vorschläge gehen in die richtige Richtung, aber sie gehen nicht weit genug. Ich bin ganz besonders gegen die Beibehaltung des Status quo im Hinblick auf die Einnahmenseite.

Was die demokratische Legitimität der Union jedoch am meisten gefährdet, ist die Idee eines ständigen Vorsitzenden des Europäischen Rates.

Wem gegenüber sollte ein solcher Präsident verantwortlich sein? Und vor allem: Welche Rolle wäre dem Europäischen Parlament zugeordnet?

Das Ergebnis wäre ein demokratisches Ungleichgewicht, da das Parlament seine Kontrolle zwar -- völlig zu Recht -- über die Kommission, nicht aber über den Rat und erst recht nicht über dessen Vorsitzenden ausüben würde.

Deswegen lehnt die Kommission diesen Vorschlag ab; sie ist aber für andere Alternativen wie die Beibehaltung des rotierenden Ratsvorsitzes offen.

Unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung bietet ein alle sechs Monate wechselnder Ratsvorsitz jeder Nation die Möglichkeit, ihr kulturelles Erbe sowie den Enthusiasmus und die Intelligenz ihrer politischen Führer in die Union einzubringen. Es wäre schade, auf all das verzichten zu müssen.

Denkbar wäre aber auch ein "Amt des Vorsitzes" (Chairman), das die Arbeit des Rates technisch koordiniert und ihr mehr Kontinuität verleiht.

Unser Hauptanliegen in Bezug auf die Effizienz ist die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips.

Mit größter Sorge beobachte ich, wie die Regierungen der Mitgliedstaaten ihr Vetorecht verteidigen. Dieses Recht gibt nur zum Schein Sicherheit. In Wirklichkeit wird es die Union lähmen.

Es widerspricht dem Geist der Gemeinschaft, und seine politische Kosten sind schon jetzt inakzeptabel.

In sämtlichen Fragen sollte der Rat mit Mehrheit entscheiden. Wir müssen den fragwürdigen Kompromiss von Nizza überprüfen und die Beschlussfassung mit doppelter einfacher Mehrheit einführen.

Das heißt, dass mindestens 50 % der Mitgliedstaaten und 50 % der Bevölkerung einem Vorschlag zustimmen müssen.

Ich halte dieses Verfahren für die einzige Lösung: Es ist einfach, leicht zu verstehen und auch logisch, weil es der dualen Natur unserer Union als eines Zusammenschlusses der Völker und der Staaten entspricht.

Mein anderes Hauptanliegen ist, dass im Einklang mit der Erklärung von Laeken genau definiert wird, wer in der Europäischen Union welche Aufgabe wahrnimmt.

Die legislative Gewalt muss von Parlament und Rat gemeinsam ausgeübt werden. Das Mitentscheidungsverfahren muss zur Regel werden.

Die Rechtsprechung ist die Aufgabe des Gerichtshofs, dessen Zuständigkeit auf die Außenpolitik sowie auf den Bereich Justiz und Inneres erweitert werden sollte.

Schließlich braucht die Union ein einziges Exekutivorgan, und das kann nur die Kommission sein.

Eine zweite Exekutive wäre ein schwerer Irrtum. Der Rat fasst Beschlüsse, erteilt handelspolitische Verhandlungsmandate und legt die strategischen Leitlinien für die Politik fest.

Es ist jedoch Sache der Kommission, Vorschläge auszuarbeiten, in denen sich 25 verschiedene Rechtstraditionen wiederfinden. Es ist Aufgabe der Kommission, die erlassenen Rechtsvorschriften durchzuführen und die Gemeinschaftspolitik in die Praxis umzusetzen. Und es ist Aufgabe der Kommission, die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts zu gewährleisten.

Im Zentrum des Gemeinschaftssystems muss das Organ stehen, das das Allgemeininteresse verteidigt.

Wir müssen danach streben, dass unsere Maßnahmen kohärenter werden, nicht aber, dass verschiedene Organe untereinander konkurrieren.

Vorschläge für eine harmonischere Verbindung der Gemeinschafts- und der intergouvernementalen Dimension liegen bereits vor.

Einen Vorschlag habe ich schon erwähnt: das Amt des Außenministers, der der Kommission angehören muss, aber einen Sonderstatus in Bezug auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik innehat und dem Rat Bericht erstattet.

Andere Lösungen sind möglich, solange das institutionelle Gleichgewicht nicht beeinträchtigt wird. Das für Wirtschaft und Finanzen zuständige Kommissionsmitglied könnte beispielsweise der Euro-Gruppe vorstehen und den Euro nach außen in internationalen Einrichtungen vertreten.

An dieser Stelle gestatten Sie mir bitte einige Ausführungen zur Wirtschaftspolitik.

Im jetzigen Stadium enthält der Entwurf des Präsidiums des Konvents einige positive Punkte, wie das Recht der Kommission, eine Warnung an Mitgliedstaaten zu richten, die sich nicht an die Grundzüge der Wirtschaftspolitik halten oder denen ein übermäßiges Defizit droht. Letzteres ist im übrigen auf Vorschlag der Kommission festzustellen.

Aber die Verfahren zur Annahme der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Empfehlungen in Fällen, in denen die Grundzüge nicht befolgt werden, liegen in der Zuständigkeit des Rates. Auf diese Weise ist nicht auszuschließen, dass Mitgliedstaaten sich gegenseitig unter Druck setzen.

Zudem benötigen wir geeignete institutionelle Instrumente, um die Wirtschaftspolitik zu konsolidieren.

Nun einige kurze Ausführungen zur Wirtschaftslage selbst. Wir gehen immer noch von einer Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte aus.

Da das Wachstum Ende 2002 und im ersten Quartal 2003 aber leicht schwächer ausfiel als erwartet, scheint die Kommissionsprognose von einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 1% für dieses Jahr etwas zu optimistisch.

Die deutsche Volkswirtschaft ist die größte Europas, und die Kommission begrüßt die Agenda 2010 als einen bedeutenden Schritt zur Stärkung der Wirtschaftsleistung in Deutschland und der EU.

Sie steht auch in Einklang mit den Empfehlungen der Kommission in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den beschäftigungspolitischen Empfehlungen. Ihre vollständige Umsetzung ist daher unverzichtbar.

Wir dürfen aber nicht die Augen vor der Erkenntnis verschließen, dass die Agenda 2010 nicht sämtliche Strukturprobleme Deutschlands lösen wird, und müssen uns daher über Aspekte wie die Sozialversicherungssysteme Gedanken machen.

Meine Damen und Herren,

große Herausforderungen liegen vor uns:

- Wir brauchen einen erfolgreichen Abschluss des Konvents und dann eine -- hoffentlich kurze -- Regierungskonferenz.
- Die noch ausstehenden Volksabstimmungen in den Beitrittsländern müssen positiv verlaufen, und wir müssen die Vorbereitungen treffen für den reibungslosen Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zum 1. Mai nächsten Jahres.
- Wir müssen die Lage unserer Wirtschaft verbessern, damit wir die Lissabonner Ziele gemäß unseren Beschlüssen erreichen.
- Und wir müssen unser Möglichstes tun, um die in der Irak-Krise entstandene Spaltung zu überwinden.

Vielen Dank.